

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 21.12.2017 zur Berichterstattung von ARD-aktuell über den „Arabischen Frühling“

In einer Programmbeschwerde vom 21.12.2017 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam die Berichterstattung von ARD-aktuell über den „Arabischen Frühling“, konkret den Artikel „Sieben Jahre Arabischer Frühling – Die historische Chance – vertan?“ vom 17.12.2017 auf tagesschau.de. Hier verbreite ARD-aktuell weiter „Kriegspropaganda statt Information“. Der Beitrag sei insgesamt „ein übles Pamphlet“, er habe „offensichtlich zum Ziel, die schuldhafte Beteiligung der westlichen Akteure auszublenden und unsichtbar zu machen“, so die Herren weiter.



Zu den Vorwürfen nimmt die Redaktion im Einzelnen wie folgt Stellung:

Die Beschwerdeführer kritisieren zunächst die Aussage „Syrien ist heute ein Land am Abgrund“. Die Zerstörungen im Land sind immens. Die Zahl der Toten ist mit mehreren Hunderttausend Opfern riesig. Zudem ist ein sehr großer Teil der Bevölkerung im Land auf der Flucht oder ins Ausland geflüchtet. Dies alles unterstreicht die Aussage, dass Syrien am Abgrund steht.

Weiter kritisieren die Beschwerdeführer die Nutzung des Wortes „Machthaber“ in Bezug auf den syrischen Präsidenten Assad. Hierzu verweisen wir auf zahlreiche vorangegangene Stellungnahmen. Tatsache ist, dass die Präsidentenwahl in Syrien Anfang Juni 2014 weder eine freie noch eine repräsentative Wahl war: Abgesehen davon, dass in Syrien seit Jahren Krieg herrscht, der an sich schon die Durchführung einer freien, geheimen und repräsentativen Wahl nach „unserem“ demokratischen Verständnis von Wahlen quasi unmöglich macht, wurde nur in den vom Assad-Regime kontrollierten Gebieten gewählt, diese entsprachen zum damaligen Zeitpunkt etwa einem Drittel des Staatsgebietes. Vertreter der Auslandsopposition konnten gar nicht erst antreten, die syrische Opposition boykottierte die Wahl. Von der Stimmabgabe war nach Medienberichten auch die Mehrzahl der drei Millionen Exil-Syrer ausgeschlossen, so dass Schätzungen zufolge über die Hälfte der 23 Millionen Syrier ihre Stimme gar nicht erst abgeben konnten. U. a. die Arabische Liga, der Golf-Kooperationsrat, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten bezeichneten die Wahl als illegitim.

Vor diesem Hintergrund ist Assad keinesfalls ein aus freien und demokratischen Wahlen hervorgegangener Präsident. Insofern erscheint ARD-aktuell auch die Wortwahl „Machthaber“ gerechtfertigt: bezeichnet sie doch im Kern eine Person, die innerhalb eines Staates Inhaber der ausführenden Gewalt ist. Auch im wissenschaftlichen Diskurs wird Assad immer wieder als „Machthaber“ bezeichnet. Die Redaktion weist in diesem Zusammenhang auch auf eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes hin.. Der BGH beschreibt die Regierung als „Assad-Regime“, er geht also ebenfalls nicht von einer legitim gewählten Regierung aus.

Weiter kritisieren die Beschwerdeführer die Bezeichnung des syrischen Bürgerkriegs als eine der größten humanitären Katastrophen unserer Zeit. An der ersten Stelle richtig zitiert als „eine der größten humanitären und zivilisatorischen Katastrophen unserer Zeit“. Später unrichtig zitiert als „größte Katastrophe“. Es ist im Allgemeinen unbestritten, dass der Krieg in Syrien eine außergewöhnliche und nach Todeszahl der Zivilisten besonders große Katastrophe handelt. So haben auch die UN und die deutsche Caritas, den syrischen Bürgerkrieg als „größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit“, bzw. als „größtes Drama der Welt“ bezeichnet. Die Urheberschaft der USA an anderen Konflikten ist nicht Thema des Artikels.

Im Allgemeinen bezeichnet ARD-aktuell den Konflikt in Syrien seit geraumer Zeit als „Krieg“. Aber auch dieser Begriff ist in Bezug auf Syrien nicht unproblematisch. Als völkerrechtliche Definition gilt: „Der Krieg ist eine mit Waffengewalt geführte Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppen, von denen wenigstens eine als reguläre Armee oder Streitkraft auftreten muss. Die Aktivitäten der Gruppen sollen

organisiert und zentral gelenkt sein und sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. Von einem Krieg wird im Falle bewaffneter Auseinandersetzungen in der Regel erst ab 1.000 Toten pro Jahr gesprochen“, so definiert es die Universität Marburg/Zentrum für Konfliktforschung.

Den Abschnitt über die Lage im Jemen kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam als „falsch und desinformativ“. Die Ausführungen über Hintergründe des Krieges im Jemen waren bereits Thema weiterer Programmbeschwerden. Dazu stellen wir noch einmal klar: Die Einordnung als „Stellvertreter-Krieg“ wird von Experten vielfach geteilt. Und selbst wer diese Umschreibung nicht für sinnvoll erachtet, dürfte kaum bestreiten, dass Saudi-Arabien und der Iran hinter den beiden Konfliktparteien stehen. Dass Iran und die Houthis dabei divergierende Zielsetzungen verfolgen, steht dazu nicht im Widerspruch.



Zu Libyen werfen die Beschwerdeführer ARD-aktuell vor, die Urheberschaft des schlechten Zustands des libyschen Staates nicht dargestellt zu haben. Der Teil in dem Artikel zu Libyen ist allerdings die kurze Beschreibung des Ist-Zustandes vor und nach dem Krieg und verzichtet allgemein auf die Herstellung einer Kausalität. Insofern war das nicht Gegenstand des Artikels.

Die Vorwürfe der Herren Klinkhammer und Bräutigam weisen wir nach Überprüfung der kritisierten Berichterstattung zurück.

Hamburg, 22.01.2018

Marcus Bornheim
Zweiter Chefredakteur ARD-aktuell